

Atommüll nach Schönwohld?

In Schleswig-Holstein gibt es drei Kernkraftwerke und eine kerntechnische Forschungseinrichtung. Die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel sowie der Forschungsreaktor in Geesthacht sind bereits außer Betrieb. Das AKW Brunsbüttel soll entsprechend des Beschlusses zum Atomausstieg noch bis 2021 weiter Strom produzieren. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke muss der hochradioaktive Reaktorkern und die radioaktiv belasteten Teile aus den Gebäuden entfernt werden und sicher gelagert werden. Noch gibt es kein Endlager für derartige Abfälle. Deshalb werden sie in den Castorbehältern zwischen gelagert.

Übrig bleibt eine große Menge Bauschutt. Was soll mit diesem Abfall passieren? Geplant ist es, diesen Müll auf geeigneten Deponien zu entsorgen. In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt sieben Deponien, die grundsätzlich für derartige Abfälle geeignet sind. Eine davon ist die Deponie in Schönwohld.

Das Ministerium für Energie- wende, Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume (MELUR) will eine Entsorgungsvereinbarung mit den Betreibern der Kernkraftwerke, den Deponien und den kommunalen Landesverbänden (als Vertreter der Gemein- den) über die Lagerung des Bauschutts treffen. Davon wurde in der Presse be- richtet.



AKW Brunsbüttel

Stefan Papenbrook/Designagentur wede/CC BY-SA 3.0

Die Bürgerinnen und Bürger aus Schönwohld haben die Nachricht, dass in Schönwohld möglicherweise Müll aus Atomkraftwerken gelagert werden soll, mit großer Sorge aufgenommen. Sie befürchten, dass direkt vor ihrer Haustür radioaktives Material abgelagert werden soll und sie damit einer gesundheitsschädlichen Strahlenbelastung ausgesetzt werden. Es hat sich sehr schnell eine Bürgerinitiative gegründet, die verhindern will, dass der Abfall aus dem Rückbau der Kernkraftwerke auf der Deponie ge- lagert werden soll.

Die Deponie, die von der Stadt Kiel betrieben wird, liegt zwar in Schönwohld und damit auf dem Gebiet der Gemeinde Achterwehr, aber Melsdorf grenzt direkt an die Deponie. Deshalb hat das Thema auch großes Interesse bei den Melsdorfer Bürgerinnen und Bürgern geweckt. Das hat sich besonders bei einer Informationsveranstaltung der Gemeinden Achterwehr und Melsdorf am 14. Juni im Bürgerhaus in Melsdorf gezeigt. Zu dieser Veranstaltung waren mehr als 200 Menschen aus beiden Gemeinden gekommen, die sich über das Thema informieren wollten. Vertreter des MELUR und der Bürgerinitiative aus Schönwohld haben das Thema aus ihrer Sicht vorgestellt. Dabei kamen die unterschiedlichen Positionen klar zu Tage.

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll nach Schönwohld“ schlägt vor, dass die Kernkraftwerke zunächst nicht zurückgebaut werden sollen. Vielmehr sollen Sie zunächst noch 40 bis 50 Jahre nach dem Konzept des sogenannten „Sicheren Einschlusses“ stehen bleiben. Danach sei die Radioaktivität bereits erheblich abgeklungen und damit wäre der Rückbau deutlich einfacher und die radioaktive Belastung bei der Deponierung geringer. Außerdem regt die Initiative an, dass der Müll aus dem Rückbau vor Ort, also auf dem bisherigen Gelände der Kernkraftwerke gelagert werden soll.



Christian-Alexander Tietgen - CC BY-SA 3.0

Das MELUR erklärt, dass es sich bei dem Müll, der möglicherweise in Schönwohld deponiert werden soll, nicht um Atommüll handelt. Vielmehr habe er eine radioaktiv Belastung, die vergleichbar mit normalem Müll sei. Deshalb gehe von dem Abfall keine zusätzliche gesundheitliche Gefahr aus. Das werde gewährleistet durch die sogenannte Freimessen. Das heißt, dass der Müll nur dann zu Deponierung freigegeben werde, wenn sicher gestellt sei, dass das sogenannte Zehn-Mikrosievert-Konzept eingehalten werden.

Im Anschluss an die Vorträge hatten die Anwesenden die Möglichkeit Fragen zu stellen. Es entwickelte sich eine sehr angeregte aber immer auch faire Diskussion. Nach mehr als drei Stunden Vorträgen und Diskussion waren die Positionen vorgestellt und die wichtigsten Argumente ausgetauscht worden.

Wenn Sie sich intensiver mit dem Thema befassen wollen, finden Sie Informationen, einige Vorträge des Abends und weiteres Material auf den Internetseiten der Bürgerinitiative: (<http://www.bi-kamis.info/category/aktuelles/>) der Landesregierung: (<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/atomausstieg/rueckbauVonKernkraftwerken.html>).

Bernhard Wax



**Flohmarkt
zugunsten des
Melsdorfer Jugendclubs
Samstag, 15. Oktober
14:00 – 17:00 Uhr
Bürgerhaus Melsdorf**

Zur Unterstützung einer Fahrt des Jugendclubs veranstaltet die SPD einen Flohmarkt. Anstelle einer Standgebühr bitten wir um eine Spende für die Jugendlichen. Für das leibliche Wohl ist gesorgt, wir verwöhnen Sie mit Kaffee und Kuchen.

Standreservierungen per Mail an vorstand@spd-melsdorf.de

Aufbau ab 13:00 Uhr, nur Privatanbieter, keine Lebensmittel, Pflanzen, Tiere

Altersarmut steigt auch in Melsdorf

Die Altersarmut steigt, das belegen Zahlen des statischen Landesamt, auch in unserer Region. Aus meiner Sicht haben sowohl der Abbau staatlicher Regelungen auf dem Arbeitsmarkt als auch einschneidende Reformen in der Rentenpolitik die Ausbreitung von Altersarmut befördert. Beide Entwicklungen werden sich auch in Zukunft auswirken. Diese einschneidenden Veränderungen in der Arbeitswelt haben nicht erst mit den sogenannten Hartz-IV-Reformen begonnen. Bereits seit Anfang der 1990-er Jahre haben wir es mit zunehmender Arbeitslosigkeit, einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung zu tun. Als Negativbeispiele sind Minijobs, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge zu benennen.

Ein besonders hohes Risiko im Alter zu verarmen tragen Frauen, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose sowie Solo-Selbständige (nur mit Kleinaufträgen arbeitende Selbständige). Hier muss es zu Veränderungen kommen. Teile der Gesellschaft, Gewerkschaften, Sozialverbände fordern deshalb u.a.:

- Ausbau von Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Erwerbsphase.
- Aufwertung von in der Vergangenheit zurückgelegte Zeiten der Niedriglohnbeschäftigung oder Langzeitarbeitslosigkeit.
- Verbesserung für die Erwerbsminderungsrenten.

Auf keinem Fall sollten die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Altersarmut betrifft Jung und Alt - und nur gemeinsam lässt sie sich bekämpfen.

Gerd Vogel

Wir stellen Ihnen den neuen Amtsdirektor vor



Amtsdirektor
Joachim Brand

Melsdorf Aktuell (MA): Wie kam es dazu, dass Sie sich nach der Schule für ein Studium der Rechtswissenschaften entschieden haben? Was hat Sie daran gereizt?

Brand: Ich habe ein großes Gymnasium in Opladen besucht. Aufgrund der Schülerzahl gab es dort eine große Vielfalt an Unterrichtsfächern. Unter anderem wurde auch das Fach Rechtswissenschaften angeboten. Mein damaliger Lehrer hat einen sehr interessanten und wirklichkeitsnahen Unterricht gestaltet. Mietrecht, Kaufrecht und Strafrecht bildeten den Anfang, mein Interesse war geweckt.

Ich habe schnell gemerkt, dass unser Rechtssystem den Rahmen für eine funktionierende Gemeinschaft und ein - mehr oder weniger - friedliches Miteinander bildet. Das Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Judikative ist das stete Bemühen, Einzel- und Gemeinschaftsinteressen in einen funktionierenden Kompromiss umzusetzen.

Mich reizt nicht so sehr die Rechtswissenschaft sondern die Anwendung des Rechts. Wie gelingt es, anstehende Probleme im täglichen Miteinander der Menschen mit rechtlich zulässigen Mitteln und vertretbarem Aufwand zu lösen?

MA: Wie sieht denn ihre Familie diese neue Aufgabe? Als Amtsdirektor hat man ja nicht unbedingt immer regelmäßige Arbeitszeiten, hat z.T. auch am Wochenende Termine.

Brand: Das mit den Wochenenden ist natürlich neu und kommt ja auch nicht so häufig vor. Aber viele Termine, lange Dienstreisen und etliche Überstunden, die gab es auch bisher schon. Dass „Papa“ mal mehr und mal weniger Zeit zu Hause verbringt, ist also eher normal. Wir genießen daher gemeinsame Aktivitäten umso mehr. Außerdem rechnen wir die vielen Stunden dagegen, die wir bisher auf der Autobahn verbracht haben, um zur Ostsee zu fahren. Alle freuen sich sehr, dass wir unserem gemeinsamen „Traum vom Auswandern“ nach Schleswig-Holstein mit so schnellen Schritten näher gekommen sind.

MA: Herr Brand, Sie sind jetzt 2 Monate im Amt. Können Sie schon ein erstes Fazit ziehen?

Brand: Die alltäglichen Fragestellungen der Gemeinden und der Amtsverwaltung sind die, die ich in jeder Kommune erwartet hätte, mit einer Ausnahme: Ich hätte nicht erwartet, dass jemand in dieser schönen Landschaft Abfälle aus dem Rückbau von Atomkraftwerken ablagern möchte. Hierzu muss eine verantwortbare Alternative gefunden werden.

Positiv überrascht hat mich das große ehrenamtliche Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner, wenn es darum geht die örtliche Gemeinschaft zu unterstützen. Viele Menschen hier verbringen viele Stunden ihrer Freizeit damit, sich aktiv einzubringen, sei es in der Politik, in der Flüchtlingsinitiative oder in Vereinen. Das ist schon beeindruckend.

Bemerkenswert finde ich auch den Einsatz meiner Kolleginnen und Kollegen in der Amtsverwaltung. Was hier mit nur 32 Menschen geleistet wird, da braucht es anderswo die dreifache Zahl an Mitarbeitenden.

MA: Können Sie Schwerpunkte ihrer Arbeit für die kommenden Monate nennen?

Brand: Ein Schwerpunkt ergibt sich unmittelbar aus der letzten Antwort. Wenn es schon so viele engagierte Personen gibt, die sich ehren- oder hauptamtlich intensiv um die Belange der Menschen im Amt Achterwehr kümmern, dann sollten für diese Arbeit auch möglichst optimale Bedingungen geschaffen werden.

Vieles läuft schon gut, aber ich sehe auch Bedarf für Verbesserungen und Veränderungen. Die räumlichen und technischen Bedingungen der Amtsverwaltung sind in die Jahre gekommen und entsprechen nicht dem Stand, den eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Ehrenamt heute fordert.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt nicht nur meiner Arbeit wird die (dauerhafte) Integration von Flüchtlingen bilden. Neben der bisherigen Aufgabe der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von neuen Flüchtlingen sehe ich die dauerhafte Integration von Flüchtlingen als große Aufgabe der Gemeinschaft. Nach der „notfallmäßigen Erstversorgung“ steht jetzt der lange Weg der Hilfe zur Selbsthilfe bevor. Nicht alle Flüchtlinge werden in andere Orte abwandern. Viele fühlen sich, auch dank der guten Betreuung der Flüchtlingshelfer, hier wohl und werden mit ihren Familien auf Dauer bleiben wollen. Das müssen wir positiv begleiten, für bezahlbaren Wohnraum in den Gemeinden sorgen, um Arbeitsplätze werben etc..

MA: Die Flüchtlingsproblematik ist ja ein großes Problem für alle Kommunen. Wie sehen Sie hier das Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Ehrenamt? Schaffen wir das?

Brand: Die Menschen sind da und es kommen noch weitere zu uns. Es bedarf vieler gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten, damit meine ich auch die Flüchtlinge selbst, an der Integration in ein dauerhaft funktionierendes Gemeinwesen zu arbeiten. Dazu braucht es langen Atem und viel Geduld miteinander. Hier dürfen die gegenseitigen Erwartungen nicht zu hoch gesetzt werden. Viele kleine Schritte führen zum Ziel.

Es wird seine Zeit brauchen, bis die neu zugereisten Menschen eine gesicherte Existenz und einen guten Lebensstandard erreicht haben. So wie es in der Geschichte schon immer etwas gedauert hat, bis man nach Flucht und Vertreibung Teil einer neuen Gemeinschaft wurde. Ja, es wird gelingen, wenn alle es wollen und wir gemeinsam anpacken.

Das Interview führte Detlef Ufert

Ortsentwicklungsplanung beginnt



Herrmann-Josef Thoben

Die von der SPD initiierte Ortsentwicklungsplanung für Melsdorf wird jetzt umgesetzt und erste Überlegungen zum weiteren Vorgehen angedacht. Bereits im letzten Jahr hatten wir ja eine Umfrage mit der Frage gestartet, wie sich Melsdorf weiterentwickeln sollte und die Ergebnisse im Melsdorf Aktuell veröffentlicht. Am 29. Juni fand im Bürgerhaus ein Treffen zur „Ortsentwicklungsplanung“ statt, bei dem erste Ideen gesammelt wurden. Dazu hatte die Bürgermeisterin Vereine und Organisationen aus Melsdorf wie Sportverein, VHS, Feuerwehr, Schule, Vorschule, Kindergarten u.a. eingeladen, insgesamt waren ca. 30 Teilnehmer gekommen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Herrmann-Josef Thoben, dem Vorsitzenden der Akademie für die ländlichen Räume.

Doch was ist eigentlich ein Ortsentwicklungsplan? Im Baugesetzbuch sind nur der *Flächennutzungsplan (F-Plan)* und der *Bebauungsplan (B-Plan)* geregelt.

Der Flächennutzungsplan umfasst das gesamte Gemeindegebiet und stellt auf der Basis der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung die sich daraus ergebende Art der Bodennutzung dar. Dargestellt werden können insbesondere Bauflächen (Gewerbegebiete, Wohngebiete...), Straßen, Grünflächen, landwirtschaftliche Flächen, Sport- und Spielanlagen. Der Bebauungsplan beruht auf dem Flächennutzungsplan und umfasst nur einen Teil des Gemeindegebiets, so dass es regelmäßig mehrere Bebauungspläne in der Gemeinde gibt. Der Bebauungsplan regelt verbindlich, wer wo wie was bauen darf. Der *Ortsentwicklungsplan* ist gesetzlich nicht geregelt und stellt dar, wie sich die Gemeinde insgesamt, nicht nur in Bezug auf die Bauleitplanung entwickeln will. Er

hat keinerlei rechtliche Bindungswirkung, sondern beruht auf einer gewissen Selbstverpflichtung der Gemeinde. Damit "steuert" die Gemeinde den weiteren Fortgang und reagiert nicht lediglich auf bereits stattgefundene Entwicklungen. Der Ortsentwicklungsplan behandelt:

- das Orts- und Erscheinungsbild der Gemeindeteile und der Landschaft (Ortsgestalt, Bauformen, Baugrund, Verkehr, Baumschutz, Anlagenentwicklung)
- Wohnen, Wirtschaft und Versorgung (stimmige Verflechtung von Wohnen, Landwirtschaft, Handwerk, moderne Dienstleistung, Gewerbe, Einzelhandel)
- Soziales und kulturelles Leben

In der Auftaktveranstaltung am 29. Juni ging es vor allem um den letzten Punkt: soziales und kulturelles Leben, wo erste Ideen und Wünsche für eine Verbesserung in diesem Bereich geäußert wurden. Aber das waren nur erste Gedanken, denn eine Ortsentwicklungsplanung funktioniert nur dann, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und sich mit einbringen können. Und das soll nun beginnen, denn alle Anwesenden wollten sich in diesem Sinn als Multiplikatoren sehen und Nachbarn und Freunde ansprechen und sie zur Teilnahme motivieren.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 27. Juli wurde zudem beschlossen einen Antrag auf Förderung zu stellen, denn es sind für eine professionelle Begleitung dieses Prozesses Zuschüsse möglich, die 65-75 % der Planungskosten übernehmen. Zusammen mit einem Planungsbüro können die Bürger z.B. in Werkstattgesprächen, Arbeitskreisen oder Einwohnerversammlungen so einen ganzheitlichen Plan für die Dorfentwicklung entwerfen. Insbesondere vor dem



**Aktive Planung der
Dorfentwicklung
mit allen
Bürgerinnen und Bürgern**



Hintergrund der demografischen Entwicklung ist eine solche vorausschauende Planung der Ortsentwicklung aus unserer Sicht unerlässlich.

Also: Machen Sie mit und nehmen Sie an der Diskussion über die Zukunft Melsdorfs teil! Bringen Sie Ihre Ideen und thematischen Schwerpunkte für die weitere Entwicklung von Melsdorf mit ein. Etwa Dinge, die Ihnen auf den Nägeln brennen. Es geht nicht gleich um fertige Konzepte, sondern um den Ist-Zustand und Bedürfnisse der Bürger. Was soll in Zukunft besser werden?

Detlef Ufert

Radtour zum Westensee

Die SPD Melsdorf hat am 3. Juli eine Radtour zum Grillplatz nach Westensee gemacht. Der Wetterbericht hatte für den Tag heftige Schauer vorhergesagt. So das alle eine Regenjacke eingepackt hatten. Aber die wurde nicht gebraucht. Petrus hatte ein Einsehen.

Als die Radfahrer am Grillplatz in Westensee ankamen, hatte der Grill schon ausreichend Glut und die Getränke standen bereit. So konnten wir bei strahlendem Sonnenschein grillen und klönen.



Unser Landtagsabgeordneter Ralf Stegner nahm sich trotz seines vollen Terminkalenders die Zeit mit uns gemeinsam einen schönen Nachmittag zu verbringen. Natürlich haben wir mit Ralf Stegner über die aktuelle politische Lage und die Landtagswahl im nächsten Jahr diskutiert. Aber auch das

persönliche Gespräch über Urlaub und Hobbies kam nicht zu kurz.

Ralf Stegner will wieder unseren Landtagswahlkreis kandidieren. Am 19. September findet in Bordesholm eine Wahlkonferenz statt, bei der die Ortsvereine darüber entscheiden.

Bernhard Wax

MELSDORF

SPD

Melsdorf Aktuell erscheint in loser Reihenfolge. Es wird herausgegeben vom SPD-Ortsverein Melsdorf. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

*V.i.S.d.P.: SPD Melsdorf, Bernhard Wax, Birkenweg 31
24109 Melsdorf, 04340 8836, vorstand@spd-melsdorf.de*